

WALTER VOGEL

DEUTSCHLAND, EUROPA UND DIE UMGESTALTUNG DER
AMERIKANISCHEN SICHERHEITSPOLITIK 1945–1949

Die große Umstellung in der Orientierung der amerikanischen Außenpolitik unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, die einen so gründlichen Wandel der weltpolitischen Szenerie zur Folge hatte, vollzog sich auf zwei Schauplätzen: auf einem kleineren, nämlich dem Boden des besiegten Deutschland, und – nachhaltiger – auf dem Welttheater selbst. Sie wurde bestimmt von dem mit dem Jahre 1945 einsetzenden und noch unsere Gegenwart beschattenden Polarisierungsprozeß. In dieser Phase hatten sich die USA mit zwei Mächten auseinanderzusetzen: mit Frankreich, um dieses Land für eine gemeinsame, von Washington bestimmte Linie in Europa zu gewinnen, und vor allem mit der Sowjetunion, um die nunmehr so gesehene „westliche Welt“ gegen die neue Vormacht des „Ostens“ abzusichern. Frankreichs Deutschlandvorstellungen, die ebenso überzeugend, weil in das Gewand einer westeuropäischen Großraumordnung gekleidet¹, wie hartnäckig verfolgt wurden, seien daher zunächst behandelt.

I

Der wiedererstandenen Französischen Republik, die seit Herbst 1944 unter General de Gaulles provisorischer Regierung trotz eigener innenpolitischer Wirren um ihre Anerkennung als vierte Großmacht unter den Siegern kämpfte, war nach Überwindung erheblicher Widerstände, die teils noch von Roosevelt, teils von Stalin ausgegangen waren, eine eigene Besatzungszone, ein ständiger Sitz im Welt-sicherheitsrat und später auch die Zugehörigkeit zum Berliner Kontrollrat zugesprochen worden. Von den beiden letzten Kriegskonferenzen – in Jalta und Potsdam – aber war es noch ausgeschlossen geblieben, obwohl de Gaulle schon am 12. September 1944 warnend erklärt hatte, es würde „ein schwerer Fehler sein, ohne Frankreich Entscheidungen über Europa zu treffen, welcher Art sie auch seien“².

Weil nicht völlig gleichberechtigt behandelt, fühlte sich Frankreich daher an die dort vereinbarten Grundsätze für eine gemeinsame Deutschlandpolitik der Sieger nur mit Einschränkungen gebunden und stellte sich später bei allen entscheidenden,

¹ Dazu vgl. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949 (Politica Bd. 38), Neuwied-Berlin 1966, S. 184f.

² Zitiert aus de Gaulles Erinnerungen bei Michael Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946, Düsseldorf 1959, S. 58.

Deutschland betreffenden Fragen quer. Während England sich seit 1946 verhältnismäßig schnell der amerikanischen Deutschlandpolitik angeschlossen, besonders seit die Vereinigten Staaten das englische Einfuhrdefizit übernommen hatten, konnte sich Frankreich der amerikanischen Politik länger entziehen, weil seine Besatzungszone bedeutend weniger exportabhängig war. Die französischen Vorbehalte bezogen sich besonders auf die in den Potsdamer „Politischen Grundsätzen“ vorgesehene Bildung zentraler deutscher Verwaltungsstellen (Staatssekretariate)³, die für das gesamte deutsche Gebiet zuständig sein und unter dem Kontrollrat tätig werden sollten, auf die Wiederherstellung einer zentralen Regierung in Berlin sowie auf die Zulassung politischer Parteien über den Ländern und der Zonen. Frankreich fürchtete, daß sich das deutsche Schwergewicht als Folge der Ausdehnung der polnischen Grenze nach Ostdeutschland hinein künftig stärker auf den Westen verlagern werde⁴. Der Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen, die anfangs Amerikaner, Russen und Engländer noch gemeinsam zu befürworten schienen, wollte Frankreich grundsätzlich erst dann zustimmen, wenn seine Sicherheit garantiert sei, d. h. wenn das Ruhrgebiet, das Saar- und das Rheinland vorher in derselben Weise abgetrennt sein würden wie die Gebiete jenseits von Oder und Neiße, so daß eine künftige deutsche Zentralgewalt für diese Gebiete nicht mehr zuständig gewesen wäre⁵. Am liebsten hätte Paris eine solche in Berlin überhaupt nicht mehr zugelassen, weil es in ihr eine erste Manifestation einer Wiedergeburt des Reiches zu sehen glaubte⁶.

General de Gaulle, der noch Anfang Dezember 1944 einen Pakt mit Stalin abgeschlossen hatte und zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten eine Vermittlerrolle spielen zu können glaubte, suchte 1945 angesichts des Vorrückens des russischen Einflusses in Europa Anlehnung an Amerika. Er war davon überzeugt, daß Präsident Truman die französischen Ansichten über die politische Zukunft von Saar, Rhein und Ruhr kaum abweisen könnte. Die Begründun-

³ Vgl. hierzu Thilo Vogelsang, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 510 ff.

⁴ Vgl. die amerikanischen Aufzeichnungen über die Gespräche de Gaulles und Bidaults mit Truman und Byrnes am 22. und 23. August 1945, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1945, Vol. IV (künftig zitiert: Foreign Relations 1945/IV, bei weiteren Bänden entsprechend), S. 709 ff. und 718 ff.; Interview de Gaulles für die Times am 10. 9. 1945, zit. in: F. Roy Willis, The French in Germany 1945–1949, Stanford/Calif. 1962, S. 32, und Bidault in der Verfassungsgebenden Versammlung in Paris am 17. 1. 1946, in: Europa-Archiv 1 (1946), S. 267; ferner James F. Byrnes, In aller Offenheit, Frankfurt a.M. 1947, S. 227.

⁵ Vgl. den Bericht des amerikanischen Botschafters in Paris Caffery an Byrnes vom 16. 8. 1945, in: Foreign Relations 1945/IV, S. 703 ff., ferner die Denkschrift Bidaults gegen die deutschen Zentralverwaltungen an den Rat der Außenminister in London vom 13. September 1945, in: Foreign Relations 1945/II, S. 177 ff.

⁶ Aufzeichnung über die amerikanisch-französischen Gespräche in Washington vom 13. bis 20. November 1945, in: Foreign Relations 1945/III, S. 896 ff. Zu seinen Deutschland- und Europa-Vorstellungen vgl. Ch. de Gaulle, Die Einheit – Das Heil (Memoiren 1942–1946), Düsseldorf 1961, S. 340 ff. und 488 ff. Zwei am 17. Januar 1947 veröffentlichte Memoranden sind gedruckt in: Europa-Archiv 2 (1947), S. 622 ff.

gen, die er für seine Forderungen vorbrachte und die sich in der diplomatischen Korrespondenz der Jahre 1945 und 1946 vielfach wiederholen, kreisten um die sowjetische Gefahr, die in seinen Augen gleichbedeutend war mit der deutschen Gefahr für Europa und damit auch für Frankreichs Sicherheit. Wenn er für sie ausreichende Garantien forderte, so befand er sich ganz im Einklang mit der öffentlichen Meinung seines Landes. Gehörte doch die Sorge vor einer bolschewistischen Expansion zu dem diplomatischen Instrumentarium, dessen sich der Quai d'Orsay schon nach dem Ersten Weltkriege bedient hatte⁷. Bereits kurz vor der deutschen Kapitulation hatte de Gaulle dem amerikanischen Botschafter in Paris dargelegt, wie er die Nachkriegssituation für sein Land sah: Nach dem Kriege werde es nur zwei wirkliche Großmächte in der Welt geben, die USA und die Sowjetunion. Er, de Gaulle, fürchte, daß diese noch ganz Europa überrennen werde. Deshalb wolle er lieber mit Amerika zusammengehen – trotz seiner Klagen, die er gegen die amerikanische Politik habe, – denn auf England könne man nicht zählen, da es zu schwach sei. Könnte er aber nicht mit den Amerikanern zusammenarbeiten, dann müßte er es mit den Russen tun, wenn er überleben wollte, auch wenn es nur für eine Weile sei „und wenn sie uns dann auch noch fressen werden“⁸.

Diese Furcht saß fest, und sie zu zerstreuen gelang damals der amerikanischen Politik so gut wie gar nicht. Bei der Mitteilung der Tagesordnungspunkte für den Besuch de Gaulles und seines Außenministers Bidault in Washington im August 1945 erklärte Botschafter Caffery (Paris) die französische Ablehnung einer zentralen deutschen Regierung mit der Sorge, daß Rußland unter Umständen ganz Deutschland sowjetisieren und damit „unsere Grenzen erreichen“ würde⁹. Bei den Gesprächen im Weißen Haus erinnerten die Franzosen sodann an die Uneinigkeit der Sieger von 1919, die das besiegte Deutschland damals ausgenutzt habe, was sich jetzt wiederholen könne. De Gaulle argumentierte: „Gerade die Tatsache, daß Deutschland schwach ist, macht dieses Land um so anfälliger, um ein politisches Instrument anderer Mächte zu werden.“ Es sei geradezu verlockend für Deutschland, ein solches Spiel zu spielen. Der Tauroggen- oder Rapallokomplex feierte hier wieder seine Auferstehung, die Vorstellung von einer gegen Frankreich gerichteten

⁷ Zur Erklärung, warum Frankreich z.B. zu keiner Abrüstung bereit war, hatte der damalige, nach 1945 inhaftierte und dann hingerichtete Außenminister Laval gegenüber dem Reichskanzler Brüning in Berlin am 27. 9. 1931 ausgeführt: Die Folge werde sein, daß Rußland noch ganz Europa über den Haufen werfen und bolschewisieren werde (Vermerk des StS Dr. Pünder in: BA. R 43 I/69 Bl. 172f.).

⁸ Als de Gaulle seine Klagen gegen die USA erhob, meinte der amerikanische Botschafter, Frankreich mache es Amerika manchmal schwer: „Wenn wir versuchen, Ihnen zu helfen, dann handeln Sie manchmal so, als ob Ihnen die Hilfe nicht erwünscht sei.“ In: Foreign Relations 1945/IV, S. 686.

⁹ Bericht Cafferys an Byrnes vom 11. August 1945, in: Foreign Relations 1945/IV, S. 703 f.; dazu in einem weiteren Telegramm Cafferys an Byrnes vom 27. September 1945: „... Die Franzosen haben eine fast panische Angst vor allem, was nach Einsetzung einer zentralen deutschen Regierung aussieht. Sie fürchten, daß eine solche unter Umständen von den Russen beherrscht werde.“ In: Foreign Relations 1945/III, S. 878.

Verbindung Deutschlands mit Rußland. In einem späteren Gespräch mit Caffery am 3. November gipfelten de Gaulles Argumente sogar in der wirklichen oder vermeintlichen Besorgnis, Frankreich werde, wenn eine deutsche Zentralregierung unvermeidlich von den Russen beherrscht würde, selbst mit englischer und amerikanischer Unterstützung (l) fallen und ganz Europa dann russisch werden. Für Frankreich sei dies eine Angelegenheit von Leben und Tod, für Amerika eine Frage unter anderen! Die Amerikaner seien im Irrtum zu glauben, daß sie die Russen daran hindern könnten, eine deutsche Zentralregierung zu beherrschen, und wies dabei auf die Schützenhilfe der Kommunisten in den deutschen Besatzungszonen hin. Ja, de Gaulle wollte sogar eine russische Beteiligung bei einer Internationalisierung von Ruhr und Rhein in Kauf nehmen, obwohl er darüber nicht besonders glücklich sei! Das sei immer noch besser, als nichts zu tun¹⁰. Truman und Byrnes vermochten freilich die Auffassungen des Generals nicht zu teilen, und seine Befürchtungen hielten sie für übertrieben. Deutschland sei, so betonten sie, jetzt im Gegensatz zu 1918 wirklich vernichtet, und die russische Propaganda für das Sowjet-system werde im Westen erfolglos bleiben, da die in den westlichen Besatzungszonen lebenden Deutschen besser behandelt würden. Amerika werde eine deutsche Wiederbewaffnung zu verhindern wissen und ein Wiedererstarken Frankreichs fördern, worin dessen größte Sicherheit liege. Dennoch bestand Bidault darauf, daß man in demselben Maße, wie bezüglich der Ostgebiete bereits für Polens Sicherheit gesorgt worden sei, auch an der deutschen Westgrenze etwas für Frankreichs Schutz tun müsse¹¹.

Im Kontrollrat benutzte Frankreich sein Vetorecht als Druckmittel, als dort im September und Oktober die Bildung der projektierten fünf deutschen Zentralverwaltungen in Berlin erörtert wurde, indem es amerikanische Pläne, solche nur für drei Zonen, d. h. ohne Frankreich, zu schaffen, gemeinsam mit dem russischen Vertreter zu Fall brachte¹².

¹⁰ Vgl. den Bericht Cafferys an Byrnes vom 3. 11. 1945, in: *Foreign Relations 1945/III*, S. 890ff. – Ähnlich am 11. 1. 1947 der Präsident des Mouvement Republicain Populaire Maurice Schuman in den USA über die Ziele der französischen Deutschland-Politik: die russische Beteiligung an der internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes sei „vollkommen zu rechtfertigen . . .“. Das sollte freilich auf Gegenseitigkeit beruhen, denn er fuhr fort: ebenso fair sei es, „daß wir mit den Sowjets an den Produktionen Schlesiens, Sachsens und des Donaugebietes teilhaben“. In: *Europa-Archiv 2* (1947), S. 630.

¹¹ Vgl. die in Anm. 4 genannten Aufzeichnungen. In seinen Erinnerungen formulierte de Gaulle rückblickend diesen Teil des Gespräches so: ein starkes Frankreich sei die Voraussetzung, um das durch die Mitschuld Amerikas und Englands gestörte europäische Gleichgewicht wiederherzustellen. Wenn die russischen Satelliten Mitteleuropas und des Balkans mit ihrem „Beschützer“ die Furcht vor dem Wiedererstarken eines ambitionierten Deutschland teilen, dann wird ihre zwangsweise Bindung an die moskowitzische Politik um so gefährlicher sein. Würden sie dagegen feststellen, daß keine deutsche Gefahr mehr bestehe, würden sich die nationalen Interessen im russischen Lager wieder rühren und den Krenn von kriegerischen Unternehmungen abhalten. *Memoiren 1942–1946* [vgl. Anm. 6], S. 488ff.

¹² Vgl. die Berichte Murphys an Byrnes vom 1., 11., 23. 9., 13. und 16. 10. 1945, in: *Foreign Relations 1945/III*, S. 867, 869, 871ff. und 882ff. Zur Haltung der russischen Ver-

Die Erkenntnisse, die man in Washington aus den Begegnungen des Jahres 1945 mit französischen Staatsmännern gewann, bestimmten in der Folgezeit die Haltung Washingtons in diesen Fragen: zwar Widerstand gegen die in Paris angemeldeten Ansprüche in toto, doch Nachgiebigkeit in Einzeldingen, wenn es in naher Zukunft einmal darum gehen würde, gegenüber Problemen von größerer Wichtigkeit die Einheitlichkeit der westlichen Politik zu demonstrieren. Der Zeitpunkt, zu dem die Methode der Kompensationen im Verkehr mit Paris anzuwenden war, rückte um so schneller näher, je dringlicher sich für die USA die Notwendigkeit von Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen mit der Sowjetunion besonders auf den Außenminister-Konferenzen, aber auch im Berliner Kontrollrat ergab. Doch die Realisierung selbst dieser Verständigungsbereitschaft blieb schwierig genug.

Als Frankreich im Laufe des Jahres 1946 – vor und nach der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen im Juli durch die britische Besatzungsmacht, mit der sie die Gebietsreform ihrer Zone „vorsorglich“ einleitete – noch einmal Anstrengungen unternahm, um im Kollegium der Sieger nun wenigstens eine Internationalisierung des Ruhrgebietes, das das Kernstück des neuen Landes Nordrhein-Westfalen war, durchzusetzen¹³, sahen sich die USA abermals veranlaßt, diesem Bestreben entgegenzutreten. Sie taten es, weil sie die Teilnahme der Sowjetunion ablehnten, die Stalin für einen solchen Fall bereits in Potsdam angemeldet hatte¹⁴, und hielten an der Ablehnung auch noch während der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 fest. Die Tatsache freilich, daß Frankreich im Dezember 1946 das vorher um 650 qkm vergrößerte Saarland als Faustpfand aus seiner Besatzungszone herausgenommen und mit einer Zollmauer vom übrigen Deutschland abgeschlossen hatte, mußten die USA und Großbritannien vorerst hinnehmen, da sie zu diesem Punkte bereits im Frühjahr eine vorsichtige Konzession hatten durchblicken lassen¹⁵. Doch bald darauf gelang es, in dem Dreierabkommen vom 19. April 1947 gegen den Preis der nachträglichen Sanktionierung des französischen Vorgehens im Saarland die Regierung in Paris mit einem gleitenden prozentualen Verteilungsschlüssel für den Bezug der Ruhrkohle vorerst zufriedenzustellen.

Damit schien aber auch das Eis gebrochen, und die weiteren Ereignisse des Jahres 1947 brachten die Wende. Auf den Außenministerkonferenzen von Moskau und London fanden Frankreichs Ruhr- und Rheinpläne auch keine Unterstützung

tretung im Kontrollrat vgl. die Berichte Murphys vom 24. 11. 1945 und Cafferys vom 11. 12. 1945, ebenda S. 911 und 917 ff. Der britische Vertreter schloß sich in der Sitzung des Koordinierungsausschusses den Einwänden seines französischen Kollegen gegen eine trizonale deutsche Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen am 22. 12. 1945 an, ebenda, S. 921, Anm. 88.

¹³ Vgl. den Überblick über die amtlichen Erklärungen und Pressestimmen zum Rhein-Ruhr-Problem, in: *Europa-Archiv* 1 (1946), S. 3 ff.

¹⁴ In der Sitzung am 31. 7. 1945, vgl. Alexander Fischer [Hrsg.], *Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“* (Dokumente zur Außenpolitik Bd. I), Köln 1968, S. 353.

¹⁵ Thilo Vogelsang, *Das geteilte Deutschland* (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 11), München 1969, S. 31.

von seiten der Sowjetunion mehr. Das bedeutete für die Franzosen eine um so herbere Enttäuschung, als sie bisher mit der Sowjetunion gegen die Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone und für eine internationale Kontrolle der Ruhr gestimmt und die neue Ostgrenze Deutschlands anerkannt hatten. Sie mußten sich eingestehen, ihren Anspruch auf eine Mittlerrolle zwischen den beiden Weltmächten nicht realisieren zu können. Nach dem Einvernehmen über den neuen status quo im Saarland bewirkten nunmehr die gemeinsamen amerikanisch-britisch-französischen Überlegungen zur Etablierung einer – ausschließlich westlichen – Kontrolle des Ruhrgebietes, die politische Organisation der Marshallplan-Hilfe und nicht zuletzt das durch Washington geförderte britisch-französische Bündnis von Dünkirchen, daß Frankreich im Winter 1947/48 endgültig auf die von England längst unterstützte amerikanische Deutschland- und Europapolitik, wenn auch nur zögernd, einzuschwenken begann.

Die im Grunde geduldigen Bemühungen Trumans und seiner Außenminister Byrnes und Marshall (seit Januar 1947) um Frankreich aber waren eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Politik der USA gegenüber der weltpolitischen Rivalität der Sowjetunion auch außerhalb Europas Nachdruck erhalten konnte. Das neue Engagement Washingtons war umfassend gemeint: „Wir Amerikaner haben diesen [deutschen] Problemen beträchtliche Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet, weil von ihrer erfolgreichen Lösung nicht nur das künftige Wohlergehen Deutschlands, sondern auch das Europas abhängt . . . Wir sind entschlossen, uns weiter für die Angelegenheiten Europas und der Welt zu interessieren“, hieß es schon in den ersten Sätzen der bekannten Rede Byrnes' am 6. September 1946 in Stuttgart¹⁶. Nach den Voraussetzungen und den Zielen soll im folgenden Abschnitt gefragt werden.

II

Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman erweckte zunächst den Anschein, als ob er, weil in der Außenpolitik unerfahren, die traditionelle, von seinem Vorgänger verfolgte Politik der „freundlichen Festigkeit“ gegenüber der Sowjetunion fortsetzen werde. Zur Überraschung vieler Zeitgenossen präsentierte er sich dann aber doch nach den Worten von Herbert Druks als „einer der mutigsten und fähigsten Präsidenten der amerikanischen Geschichte“¹⁷ und, so kann man hinzusetzen, als

¹⁶ Ebenda, S. 35, und Ernst Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*, Bd. 1: Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen. Darstellung und Dokumente, Frankfurt und Berlin 1961, S. 392. – Robert Murphy berichtet in seinen Erinnerungen, daß eins der mit der Byrnes-Rede in Stuttgart am 6. September 1946 verfolgten Ziele gewesen sei, solche französischen Wünsche auch in aller Öffentlichkeit abzulehnen: Murphy, *Diplomat unter Kriegern*, Berlin o. J., S. 369f., und die Pressestimmen zur Byrnes-Rede, in: *Europa-Archiv* 1 (1946), S. 264f.

¹⁷ Herbert Druks, *Harry S. Truman and the Russians 1945–1953*, New York 1966, S. 9f. und 31f.

einer der entscheidungsfreudigsten. Seit 1941 Vorsitzender des Senatsausschusses zur Prüfung des nationalen Verteidigungsprogramms, war er schon damals überzeugt, daß es für Amerika eine Rückkehr zur Isolation nicht mehr geben konnte¹⁸. Truman war somit ein Vertreter der Politik der „offenen Tür“, der aus Sorge vor einer künftigen amerikanischen Wirtschaftskrise nach dem Kriege eine kräftige Expansion fördern wollte und sich eine geschwächte Sowjetunion dazu wünschte. Noch vor Pearl Harbor hatte er im Senat vorgeschlagen, Amerika solle seine Hilfe zwischen Deutschland und Rußland so abwechseln, daß schließlich Stalin als erschöpfter Sieger aus dem Kriege hervorgehe¹⁹. Japans Kriegseintritt und die deutsche Kriegserklärung hatten dann solchen Spekulationen ein Ende gesetzt.

Schon sehr bald nach seiner Amtsübernahme legte Truman eine kritische Haltung gegenüber der Sowjetunion an den Tag. In einer Konferenz über die polnische Frage teilte er seinem Beratergremium am 23. April 1945 mit, er wolle dem sowjetischen Außenminister Molotow zusichern, die Abmachungen von Jalta durchzuführen, doch müsse das auch für die Russen gelten – wenn nicht, dann „könnten sie zur Hölle fahren“²⁰. Später brachte ihm Potsdam die Erkenntnis, daß mit Stalin nur aus einer Position der Stärke heraus zu verhandeln sei²¹.

Eine Versteifung der amerikanischen Verhandlungstaktik hat auch Churchill auf der Potsdamer Konferenz beobachten zu können geglaubt, nachdem Truman von dem erfolgreichen Experiment mit der Atombombe erfahren habe²². Gar Alperowitz hat in seinem Buche über atomare Diplomatie in dem Abwurf von zwei Atombomben auf Japan mit Recht die erste Machtdemonstration gegen die Sowjetunion gesehen und hieraus, wenn auch nicht immer überzeugend, eine neue Interpretation der amerikanischen Politik gegenüber Rußland in den Jahren 1945 und 1946 hergeleitet²³. Die Atombombe als diplomatische Trumpfkarte erscheint bei Alperowitz

¹⁸ „Wäre ein anderer Roosevelts Nachfolger geworden, wären die Amerikaner leicht wieder zu ihrer Vorkriegs-Traumwelt zurückgekehrt, und die Russen hätten sich alles nehmen können, was sie wollten“, ebenda, S. 11.

¹⁹ William A. Williams, *The tragedy of the American diplomacy*, Second edition, Cleveland und New York 1959, S. 161 und 168. „Truman sorgte für das rasche Wiederaufleben des Vergleichs zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion, der der amerikanischen Auffassung von der Nachkriegswelt das Gepräge gab.“

²⁰ *Foreign Relations 1945/V*, S. 253, ferner Robert D. Murphy, *Diplomat unter Kriegern*, Berlin 1965, S. 367, und *Forrestal Diaries*, S. 48, zitiert bei Herbert Druks, a. a. O. (vgl. Anm. 17), S. 56.

²¹ Herbert Druks, ebenda, S. 68; William A. Williams, a. a. O. (vgl. Anm. 19), S. 151: Verhandlung aus der Stärke bedeute de facto keine Verhandlungen, weil sie die Annahme der amerikanischen Vorschläge bedeute.

²² Winston S. Churchill, *The Second World War*, Vol. VI, London 1954, S. 580.

²³ Gar Alperowitz, *Atomare Diplomatie. Hiroshima und Potsdam*, München 1966, S. 167 und passim. Nach Byrnes war die Atombombe nicht so sehr gegen Japan gedacht, sie sollte vielmehr die Sowjetunion „beeinflussbar“ (manageable) machen: William A. Williams, a. a. O. (vgl. Anm. 19), S. 169. – Zur Reaktion Stalins und Molotows auf die Mitteilung Trumans über die Atombombe vgl. Georgi K. Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Stuttgart 1969, S. 653: Auf Molotows Bemerkung, „sie (die Amerikaner) wollen im Kurs steigen“, antwortete

witz überbewertet; sie wäre auf die Dauer, wollte man nicht einen Krieg riskieren, unwirksam gewesen, weil sie sich als Druckmittel schnell abgenutzt hätte, ganz abgesehen davon, daß die USA im Gegensatz zur Sowjetunion ihre konventionellen Streitkräfte nach Kriegsende, dem Druck ihrer Öffentlichkeit nachgebend, schnell und gründlich abgerüstet hatten, und daß schon vier Jahre später eine sowjetische Atombombe explodierte²⁴. Alperowitz ist jedoch insofern zuzustimmen, als Truman bereits im Sommer 1945, und nicht erst zwei Jahre später, wie man immer noch lesen kann, aufgrund des Atomwaffenmonopols und mit Hilfe der wirtschaftlichen Stärke der USA begann, das internationale System zu revidieren, soweit es von der Sowjetunion bei Ausgang des Krieges mitbestimmt wurde²⁵.

Nicht alle Anläufe gelangen. Obgleich er die Besetzung der Mandschurei und Nordkoreas durch die Rote Armee nicht verhindern konnte, so glückte es ihm doch, sie von der Besetzung Japans auszuschließen, von den Dardanellen fernzuhalten und die beabsichtigte sowjetische Kontrolle von Tripolis zu verhindern. Dagegen scheiterte Trumans im Herbst 1945 unternommener und von Großbritannien unterstützter²⁶ Versuch, sich in die Innenpolitik Ungarns, Bulgariens und Rumäniens sowie Polens und der Tschechoslowakei – und damit in die von den Anglo-Amerikanern seit 1944 ganz oder teilweise anerkannte sowjetische Interessensphäre – einzuschalten, um dort mit der Methode der „offenen Tür“, d. h. durch Inanspruchnahme eines Mitspracherechtes freiheitlich-demokratischen Verhältnissen im westlichen Sinne zum Durchbruch zu verhelfen²⁷. Als sich Molotow auf der

Stalin lachend: „Sollen sie nur. Wir müssen Kurtschatow (Atomwissenschaftler) sagen, er solle die Arbeit beschleunigen.“

²⁴ Vgl. dazu auch George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, Stuttgart 1968, S. 299: „... Waffen von einer derartigen Stärke spielten damals so wenig wie später eine positive Rolle in meinem Konzept von den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.“ Einen abrupten Frontwechsel gegen die Sowjetunion hätte damals auch die amerikanische Volksstimmung nicht zugelassen; sie schlug erst in den Monaten September 1945 bis Mai 1946 um, dazu Michael Balfour, *Viermächte-Kontrolle in Deutschland*, Düsseldorf 1959, S. 209.

²⁵ Ernst Otto Czempel, *Das amerikanische Sicherheitssystem 1945–1949. Studie zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft (Beiträge zur auswärtigen und internationalen Politik, 1)*, Berlin 1966, S. 420. Alperowitz räumte mit der Legende auf, daß Truman sich am Anfang seiner Regierung der Sowjetunion gegenüber zu nachgiebig verhalten habe, und daß der Westen – so noch Karl-Heinz Ruffmann, *Sowjetrußland (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 8)*, München 1967, S. 235 – erst 1947 „allmählich auf die weltweite sowjetische Herausforderung zu reagieren begann“. Ähnlich Werner Conze, *Das deutsch-russische Verhältnis im Wandel der modernen Welt*, Göttingen 1967, S. 58, der die zunehmende Versteifung der amerikanischen Politik auf die Jahre 1946/47 datiert.

²⁶ Vgl. hierzu die Denkschrift des britischen Botschafters in Washington Balfour über den Donau- und Balkanraum an Byrnes vom 24. August 1945: Bevin (der britische Außenminister) glaube, den Einfluß der Anglo-Amerikaner in diesen Ländern stärker zur Geltung bringen zu können, wenn man ihnen Wirtschaftshilfe anböte, „damit sie ihre Augen eher nach dem Westen als nach Osten wendeten“ (*Foreign Relations 1945/II*, S. 101f.). Vgl. auch sein zweites Memorandum vom 11. 9. 1945, ebenda, S. 123f.

²⁷ *Foreign Relations 1945/IV*, S. 135ff., 420ff., 798ff.; *1945/V*, S. 110ff., 464ff., 809ff. und 1174ff. Kennan (*Memoiren*, S. 258ff.) war damals überzeugt, daß sich die USA in den

Londoner Außenministerkonferenz im Herbst 1945 weigerte, die Regierungen Bulgariens und Rumäniens nach westlich-demokratischen Vorstellungen umbilden zu lassen, die Teilnahme Frankreichs an den Verhandlungen über Bulgarien, Rumänien und Ungarn ablehnte, und man sich nicht einmal auf ein gemeinsames Schlußprotokoll einigen konnte, trat die sowjetisch-amerikanische Spannung auch nach außen zutage²⁸: sowohl ideologisch, als auch konkret politisch. „Wir standen am Scheidewege“, schreibt Byrnes in seinen Erinnerungen, und weiter heißt es: „Es war ihm (Molotow) unbegreiflich, daß wir uns nicht seiner Auslegung der Freundschaft zwischen unseren Regierungen anschließen wollten, die praktisch bedeutete, daß wir den Sowjets die vollständige Oberherrschaft auf dem Balkan überließen. Für mich war die Zeit der Weihnachtsgeschenke vorbei . . .“²⁹

Die Londoner Konferenz markierte in der Tat einen weiteren Wendepunkt. Das Prinzip der kollektiven Sicherheit, das Prinzip der Vereinten Nationen, das nach einer Formulierung von Ulrich Scheuner die Übertragung der Abwehr von Gewalt an die gesamte Staatengemeinschaft bedeutete, hatte darauf beruht, daß es zwischen den beiden Großmächten keine vitalen Interessen gab, die miteinander kollidierten, daß die Unterschiede zwischen den Regierungssystemen wie im Kriege gering, ihre Kooperationswilligkeit dagegen höher bewertet wurde. Jetzt, nach dem Siege, als keine gemeinsame Grundlage für eine dauernde Verständigung mehr zu existieren schien, nahmen zwischen beiden Mächten die ideologischen, wirtschaftlichen und politischen Gegensätze, die auch während des Krieges latent vorhanden gewesen waren, wieder rasch an Gewicht zu. Vergeblich appellierte der chinesische Vertreter auf der 25. Sitzung des Rates der Außenminister am 28. September 1945 an den Gedanken der Solidarität und Zusammenarbeit der Siegermächte, der besser als alle Maßnahmen gegen Deutschland den Frieden und die Sicherheit Europas und der Welt garantieren könnte³⁰.

Truman und seine Berater begannen vielmehr an der Effektivität des kollektiven Sicherheitssystems zu zweifeln³¹ und den Schwerpunkt ihrer nationalen Sicherheit jetzt in einen „kollektiven Selbstschutz“ zurückzuverlegen: nach Art. 51 der UN-Satzung ein zulässiges und, wie Byrnes in seinen Erinnerungen meint, einfacheres

unter russischer Kontrolle stehenden Ländern auf diese Weise keinen Einfluß verschaffen könnten; er vertrat die klassische Politik der klaren Interessenabgrenzung.

²⁸ Robert D. Murphy, a. a. O. (vgl. Anm. 20), S. 366: Dieses Treffen lieferte einen erschreckenden Beweis für die Uneinigkeit unter den Siegermächten. Der Kreml habe daraus den Vorteil gezogen, seine Gebietserweiterungen und Einflußsphäre in Europa zu konsolidieren. Auch Marschall Georgi K. Schukow, a. a. O. (vgl. Anm. 23), S. 655 f., bemerkte nach der Londoner Konferenz, daß im Kontrollrat seine amerikanischen und britischen Kollegen „wie auf Kommando in allen Fragen unnachgiebiger“ wurden.

²⁹ James F. Byrnes, a. a. O. (vgl. Anm. 4), S. 142 f.

³⁰ Dr. Wang Shih-Chieh, Protokoll der 25. Sitzung des Rates der Außenminister in London, in: *Foreign Relations 1945/II*, S. 431.

³¹ Truman, von der Londoner Konferenz enttäuscht, rechnete nun damit, „den Glauben an die Effektivität der internationalen Zusammenarbeit zu verlieren“, *New York Times* vom 19. Oktober 1945, zitiert bei Herbert Druks, a. a. O. (vgl. Anm. 17), S. 86 f.

Verfahren³². Es bedeutete Selbstverteidigung einer Staatengruppe in Form von Bündnissen alten Stils, freilich mit dem Unterschied zu früher, daß sie nur als vorläufige Maßnahme bis zum Eingreifen des Sicherheitsrates erlaubt war³³. „Die Sicherheit der Vereinigten Staaten liegt völlig in unserer eigenen Hand“, erklärte Ende 1945 General Marshall, der spätere Außenminister³⁴.

Die USA versuchten nunmehr, ihre Wirtschaftshilfe der veränderten Nachkriegswelt anzupassen. Wenn es, wie sich gezeigt hatte, politisch schädlich war, den potentiellen Gegner und Rivalen durch Hergabe von Milliardenkrediten wirtschaftlich zu unterstützen – der geplante Kredit von 3,5 Milliarden Dollar für die Sowjetunion kam nicht mehr zustande³⁵ –, so stellte sich sogleich die Frage, ob Auslandshilfe nicht künftig nur an befreundete Nationen gegeben werden sollte, ob Wirtschaftshilfe und internationale Anleihen von jetzt an nicht als „integrierender Faktor“ der Außenpolitik anzusehen waren³⁶, so daß nun selbst humanitäre Maßnahmen, weil sie dem potentiellen Gegner hätten helfen können, einen politischen Aspekt erhielten. Aus einer ähnlichen Überlegung heraus entschloß sich die amerikanische Regierung im Herbst 1945, ihre überseeischen Stützpunkte, anstatt sie zurückzuziehen, auszubauen und ihre Funktionen sogar noch zu erweitern, indem man auch sie als politische Instrumente auffaßte³⁷. Wirtschaftshilfe und Militärhilfe waren also die Mittel, die für das diplomatische Hauptziel der neuen amerikanischen Politik – Förderung wirtschaftlicher und politischer Stabilität in Europa – eingesetzt wurden, ein Ziel, das als das „sine qua non“ schlechthin sowohl für die amerikanische Sicherheit, als auch für den Weltfrieden erschien, wie Ernst Otto Czempiel überzeugend ausgeführt hat. Oder anders ausgedrückt: Abwehr des Kommunismus in den von ihm bedrohten Ländern war gleichbedeutend mit der Verbreitung des westlich-liberalen regierungs- und privatkapitalistisch organisierten Wirtschaftssystems sowie der Bildung eines kollektiven Systems des gegenseitigen Selbstschutzes unter der kontrollierenden Führung der USA³⁸.

Bei alledem darf jedoch nicht übersehen werden, daß in den Jahren 1945 bis 1947 beim Übergang vom alten zum neuen Modell der amerikanischen Sicherheitspolitik immer noch ein gewisses Maß an amerikanisch-russischer Interesseneinstimmung zustande gebracht werden konnte, so daß das Konzept der kollektiven

³² James F. Byrnes, a. a. O. (vgl. Anm. 4), S. 144.

³³ Vgl. Ulrich Scheumers Artikel über kollektive Sicherheit und kollektive Selbstverteidigung, in: Wörterbuch des Völkerrechts, Berlin 1961, S. 241.

³⁴ Zitiert bei William A. Williams, a. a. O. (vgl. Anm. 19), S. 169.

³⁵ Ernst Otto Czempiel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 174 und 178; George F. Kennan, a. a. O. (vgl. Anm. 24), S. 271; Michael Balfour, a. a. O. (vgl. Anm. 24), S. 71.

³⁶ Vandenberg sprach diese Funktion amerikanischer Wirtschaftshilfe zum ersten Male aus. Vandenberg Papers, 17. April 1946, zitiert bei Ernst Otto Czempiel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 178.

³⁷ Der Präsident erhielt allerdings nicht global, sondern nur für bestimmte Länder das Recht, sich der militärischen Beratergruppen zu bedienen, ebenda, S. 182f.

³⁸ Ernst Otto Czempiel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 216; Gar Alperowitz, a. a. O. (vgl. Anm. 23), S. 144.

Sicherheit jederzeit wieder rekonstruierbar war. So wurde auf der Moskauer Konferenz im Dezember 1945 der Sowjetunion die Teilnahme an der Fernostkommission und dem Alliierten Rat für Japan ermöglicht, wenn freilich auch nur in beratender Funktion. Am 24. März 1946 war die Sowjetunion bereit, ihre Truppen aus dem Iran herauszunehmen, und am 30. April und am 1. Mai waren Frankreich und England einverstanden, ihre Einheiten aus dem Libanon und Syrien zurückzuziehen. Die fünf Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland, über die so lange gestritten worden war, wurden abschließend beraten, so daß sie am 10. April 1947 in Paris unterzeichnet werden konnten. Auch in Fragen der deutschen Besatzungspolitik war man noch bemüht, einen *modus vivendi* zu finden³⁹. Der Kontrollrat bewältigte in diesen Jahren noch eine Fülle von Materien, die schlagwortartig mit den „fünf D's“ – Denazifizierung, Demilitarisierung, Demontage, Dekartellisierung und Demokratisierung – umschrieben zu werden pflegen⁴⁰.

Alle diese temporären und partiellen Erfolge konnten indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Friedensverträge mit Österreich und Deutschland noch in weiter Ferne lagen und das Maß an kollektiver Sicherheit, das die Vereinten Nationen garantieren sollten, nicht mehr auszureichen schien. Dies mag an einigen, die Zunahme der Spannungen zwischen den Anglo-Amerikanern und der Sowjetunion charakterisierenden Reden, die sich in der ersten Hälfte des Jahres 1946 häuften, verdeutlicht werden. Nachdem seit der Kritik der amerikanischen Presse an dem russischen Vorherrschaftsstreben in den von ihr besetzten Staaten Mitte 1945 die Stimmung in der Sowjetunion gegenüber den USA umgeschlagen war, erklärten Stalin und andere Mitglieder des Politbüros in Wahlreden Anfang Februar 1946 in aller Deutlichkeit, daß nach der marxistischen Lehre, wie der Weltkrieg gezeigt habe, das kapitalistische System der Todfeind der Sowjetunion sei und bleibe⁴¹. Am 5. März 1946 hielt Churchill – wenn auch jetzt nur als Privatmann, aber mit Zustimmung Trumans und Byrnes' – seine bekannte Fulton-Rede im Staate Missouri, in der er den russischen Eisernen Vorhang beklagte und für eine enge anglo-amerikanische Zusammenarbeit beim Aufbau Europas eintrat⁴². Am 7. April berichtete die *New York Times* von einem Appell Trumans, Amerika müsse

³⁹ Wilhelm Cornides, *Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945–1955*, Tübingen und Stuttgart 1964, S. 155.

⁴⁰ Vgl. Lucins D. Clay, *Entscheidung in Deutschland*, o.J., S. 126, 135f.

⁴¹ Wörtlicher Abdruck der Rede in den *New York Times* vom 10. Februar 1946, S. 30. Sie rief „unter den angelsächsischen Politikern stärkste Bestürzung hervor“, vgl. Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik* (vgl. Anm. 1), S. 206f. Die *New York Times* hatte schon am Vortage über Wahlreden von Malenkov, Schdanow, Kaganowitsch und Molotow berichtet. Ihre Themen: Konsolidierung der Eroberungen, Sorge vor Einkreisung durch die kapitalistische Staatenwelt, deshalb äußerste Wachsamkeit und militärische Bereitschaft gegen kriegerische Abenteuer und Militaristen in anderen Ländern mit „ihrem gefährlichen Gerede vom 3. Weltkrieg“.

⁴² Wilhelm Cornides, a.a.O. (vgl. Anm. 39), S. 132f., und Francis Williams, *A Prime Minister remembers* (Erinnerungen Attlees), London 1961, S. 162f.

Europa unterstützen, um zu verhindern, daß die dortige wirtschaftliche Misere zu einem politischen Umsturz führe. Um den Frieden zu sichern, müsse man stark sein⁴³. Eine Einladung nach Amerika lehnte Stalin im Frühjahr 1946 ab. In seiner Ansprache zum 1. Mai warnte er vor anglo-amerikanischen Intrigen gegen Rußland und den reaktionären Kräften in ihren Ländern, die einen neuen Krieg planten; die Sowjetunion müsse daher ihre militärische Überlegenheit behalten⁴⁴. Am Ende des Jahres 1946 stellte sich jedenfalls für die USA die Lage so dar, daß die Sowjetunion nicht zurückweichen werde, daß sie im Fernen wie im Nahen Osten und in ihrem westlichen Vorfeld nicht nur ihr „freundlich gesonnene“, sondern von ihr abhängige Regierungen haben wollte, und daß sie darüber hinaus mit ideologisch-revolutionären Mitteln gegen bisher nicht zu ihrem Machtbereich gehörende Länder wie Italien und Frankreich vorstieß, indem sie die europäische Wirtschaftskrise klug für ihre Zwecke ausnutzte⁴⁵. Die Pariser Tagung des Rates der Außenminister im April und Mai 1946 war bereits von einer weiter zunehmenden Versteifung der Verhandlungen gekennzeichnet gewesen⁴⁶. „Der wechselseitige Verdacht, einer wolle die Welt gegen den anderen organisieren“⁴⁷, trug dazu bei, die Fronten zu verhärten.

In dieser Phase der gegenseitigen mißtrauischen Beobachtung entstand auf amerikanischer Seite die Containment-Politik, der George Kennan, seit September 1944 der unermüdliche Analytiker und Prognostiker des amerikanisch-russischen Verhältnisses, die theoretische Grundlage gegeben hatte, lange bevor er am 5. Mai 1947 zum Leiter der politischen Planungsgruppe im State Department bestellt wurde⁴⁸. Im Sinne der neuen policy of containment, die die policy of ambivalence ablöste, lag es, daß der amerikanische Kongreß die UNRRA-Hilfe, das internationale Hilfsorganisationswerk (namentlich zur Betreuung verschleppter Personen nach dem Kriege), einstellte, weil er Anzeichen dafür sah, daß sie für kommunistische Zwecke eingesetzt worden war⁴⁹. Wenn der Präsident am 21. Februar 1947 den Kongreß aufforderte, eine ausschließlich amerikanische Hilfsaktion für die befreiten Länder in Höhe von 350 Millionen Dollar zu genehmigen – es war die sogenannte Post-UNRRA-Aid⁵⁰ –, und wenn Truman unter Ausschaltung der Vereinten Nationen am 12. März desselben Jahres anläßlich der Hilfe für Griechenland und die Türkei die nach ihm benannte Doktrin formulierte und das neue, de facto antisowjetische, Konzept der amerikanischen Außenpolitik, dem sie schon seit

⁴³ Herbert Druks, a. a. O. (vgl. Anm. 17), S. 99 f.

⁴⁴ Ebenda, S. 98 und 101; New York Times vom 30. April/1. Mai 1946.

⁴⁵ Ernst Otto Czempel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 192.

⁴⁶ Nach der New York Times wollte Truman schon seit der Londoner Tagung des Rates der Außenminister (Sept./Okt. 1945) die amerikanische Politik umstellen: ebenda, S. 193, Anm. 1.

⁴⁷ Ebenda, S. 138.

⁴⁸ George F. Kennan, a. a. O. (vgl. Anm. 24), S. 329.

⁴⁹ Vgl. dazu den von James F. Byrnes, a. a. O. (vgl. Anm. 4), S. 196 ff., beschriebenen Zwischenfall im Flugverkehr über Nordjugoslawien.

⁵⁰ Ernst Otto Czempel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 194.

1945/46 gefolgt war, nun auch öffentlich verkündete, so waren Ziel und Zweck der amerikanischen Hilfe auch hier: Bildung eines kollektiven und kooperativen Sicherheitssystems unter der Führung der USA zur Verhinderung einer möglichen kommunistischen Infiltration oder eines Umsturzes, zur Abwehr einer politischen – nicht militärischen – Bedrohung durch den Kommunismus, verbunden mit eigener wirtschaftlicher und politischer Einflußnahme „zum geringsten Preis“⁶¹. Das sowjetische Prinzip der ideologisch-politischen Durchdringung sollte mit einer gleichartigen indirekten Methode der wirtschaftlichen Beeinflussung beantwortet werden.

Anlaß für die finanzielle und militärische Griechenland-Hilfe war gewesen, daß das finanzschwache England Ende Februar 1947 mitteilte, seine Truppen am 1. April von griechischem Boden zurückziehen zu müssen. Die Möglichkeit war nicht von der Hand zu weisen, daß die Sowjetunion das somit hier im Lauf des Bürgerkrieges entstandene Vakuum ausfüllen würde. Das griechische Hilfsesuchen an die USA war im State Department formuliert worden⁶². Die Hilfe für die Türkei entsprang ausschließlich strategischen Erwägungen: die Sowjetunion sollte im Mittelmeer nicht Fuß fassen. Hatte sich die Post-UNRRA-Aid auf einzelne, meist europäische Länder beschränkt, so galt die Truman-Doktrin überall. Sie erklärte „theoretisch den gesamten nichtkommunistischen Bereich zum Vorfeld der amerikanischen Sicherheit“⁶³. Williams nennt sie das ideologische Manifest der amerikanischen Strategie⁶⁴. Sie ist in ihrem ideologischen Rigorismus und ihrer extensiven Auslegung des amerikanischen Sicherheitsbedürfnisses in etwa vergleichbar mit der Breschnjew-Doktrin unserer Tage, welche die Führung in der kommunistischen Welt und sogar die Begrenzung der Souveränität der kommunistischen Staaten beansprucht. Großmächte lieben es offenbar, von Zeit zu Zeit, um es mit Kennans Worten in bezug auf die USA zu sagen, „... ihre Entscheidungen zu verallgemeinern“ und sie „gern mit einer Aura universeller Bedeutung“ zu umgeben⁶⁵.

⁶¹ Ebenda, S. 200, 215 und 221.

⁶² Ebenda, S. 214, dazu auch S. 204f. und S. 214ff. Zur Verquickung der „im wesentlichen politisch und wirtschaftlich ausgerichteten Hilfe“ für Griechenland mit einem „militärischen Hilfsprogramm“ für die Türkei vgl. George F. Kennan, a. a. O. (vgl. Anm. 24), S. 319f., und die Forrester Diaries, ed. by Walter Millis, London 1962, S. 247 f.

⁶³ Ernst Otto Czempel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 206 und 252.

⁶⁴ William A. Williams, a. a. O. (vgl. Anm. 19), S. 175, der die Truman-Rede in einen direkten Zusammenhang mit Churchills militanter antisowjetischer Ansprache in Fulton am 6. März 1946 stellt. Ähnlich Herbert Druks, a. a. O. (vgl. Anm. 17), S. 96f.: Churchill habe viele Gedanken Trumans über die Weltlage ausgesprochen. Nach einer Tagebucheintragung von Admiral Leahy vom 7. März 1946 erörterte Truman später mit Beamten des Kriegsministeriums „die Möglichkeit, einige Vorbereitungen zu treffen, um einem möglichen kommunistischen Angriff auf Europa zu begegnen“, ebenda, S. 98.

⁶⁵ George F. Kennan, a. a. O. (vgl. Anm. 24), S. 325ff. Vgl. auch James Forrester, a. a. O. (vgl. Anm. 52), S. 248, der in dem grundsätzlichen Kampf zwischen der amerikanischen Gesellschaftsauffassung und der sowjetischen eine Chance für die USA erblickte.

Doch nicht nur der inzwischen abgelöste Außenminister Byrnes⁵⁶, sondern auch der Leiter des Planungsstabes Kennan zeigten sich erschreckt über die Ausweitung der Truman-Doktrin⁵⁷. Der amerikanische Kongreß bremste, wenn er auch den Kurswechsel der Regierung im Prinzip bejahte und die Demokraten mit den Republikanern, die seit 1928 zum erstenmal im Kongreß wieder die Mehrheit hatten, zusammengingen⁵⁸. Sie gedachten aber nur einen „Warnschuß“ gegen die Sowjetunion abzugeben, während Truman – und das zwei Tage nach Beginn der Außenministerkonferenz in Moskau, auf der die deutsche Frage zum erstenmal wirklich im Mittelpunkt der Beratungen stand – „gleich eine Breitseite abgefeuert“ hatte⁵⁹. Dean Acheson, der stellvertretende Außenminister, bemühte sich deshalb vor dem Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten am 24. März 1947, den Eindruck zu zerstreuen, als ob die Regierung sich in jedem anderen Fall gleich verhalten würde⁶⁰, und George Marshall, der am 4. Januar 1947 die Nachfolge von Byrnes in der Leitung des Außenministeriums angetreten hatte, interpretierte in seiner Rede am 5. Juni in Harvard die Truman-Doktrin dahin, daß die amerikanische Politik sich gegen kein Land und gegen keine Lehre (doctrine) wende, sondern nur die Wirtschaft in der Welt neu beleben wolle. Den amerikanisch-russischen Gegensatz spielte er auf bloße Meinungsverschiedenheiten über den Wiederaufbau Europas herunter⁶¹.

Die amerikanische Regierung zögerte nicht, aus dieser Kritik zu lernen: einige Monate später beim ERP, dem Wirtschaftsprogramm für Europa, forderte sie abweichend von der Truman-Doktrin im Juli 1947 auch die Sowjetunion zur Teilnahme auf, freilich erst, nachdem Kennan seinem Außenminister versichert hatte, daß Moskau bestimmt ablehnen würde⁶². Dieses Hilfsprogramm, an dem 16 europäische Staaten teilnahmen, ist als Marshall-Plan in die Geschichte eingegangen. Ihm lagen ähnliche humanitäre, wirtschaftliche und politische Ziele zugrunde wie den früheren amerikanischen Hilfsprogrammen nach 1945. Doch entscheidend war hier wiederum der politische Zweck⁶³: die Hilfe sollte die Empfängerländer wirt-

⁵⁶ James Forrestal, a. a. O. (vgl. Anm. 52), S. 262. Die Truman-Doktrin sollte erst den Vereinten Nationen vorgelegt werden.

⁵⁷ Die Grundsatzserklärung Trumans entsprach dem Beratungsergebnis des Unterausschusses des Interministeriellen Koordinierungsausschusses für Auswärtiges, Krieg und Marine. Vgl. George F. Kennan, a. a. O. (vgl. Anm. 24), S. 317 f. und Ernst Otto Czempiel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 212.

⁵⁸ Erich Angermann, Die Vereinigten Staaten von Amerika (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 7), München 1966, S. 230 f.

⁵⁹ Ernst Otto Czempiel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 224.

⁶⁰ George F. Kennan, a. a. O. (vgl. Anm. 24), S. 324 f.

⁶¹ Ernst Otto Czempiel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 265.

⁶² Vgl. dazu James F. Byrnes, a. a. O. (vgl. Anm. 4), S. 409: Die Weigerung Molotows, auf der Pariser Marshallplan-Konferenz zu erscheinen, habe dem Kongreß die schwierige Entscheidung erspart, die Verwendung der Marshallplan-Gelder auch in der Sowjetunion und in den von ihr abhängigen Staaten zu beaufsichtigen; ferner: Ernst Otto Czempiel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 225, Anm. 8.

⁶³ Ebenda, S. 274.

schaftlich unabhängig machen, sie damit gegen den Kommunismus immunisieren und ihre politische Haltung zugunsten der USA beeinflussen. Wie die Prawda aus ihrer Sicht am 16. Juni 1947 kommentierte: die USA wollten mit Hilfe von Dollars einen politischen Druck ausüben⁶⁴. In der Tat, die darniederliegenden europäischen Staaten wirtschaftlich stärken, hieß die Fundamente legen, auf denen später die amerikanische Sicherheit in Europa in Gestalt der NATO aufgebaut werden konnte⁶⁵. Das Ziel der amerikanischen Europapolitik deutete John Foster Dulles, damals außenpolitischer Berater des republikanischen Präsidentschaftskandidaten, am 17. Januar 1947 in einer Rede an: wirtschaftliche Einheit Europas mit Eingliederung Deutschlands und Nutzbarmachung der Ruhrindustrie für die gesamte europäische Wirtschaft⁶⁶. Offenbar wurde schon im Sommer 1947 erwogen, den Teilnehmern am europäischen Wiederaufbauprogramm auch amerikanische Militärhilfe zu geben⁶⁷. Wirtschaftliche Expansion und Marshall-Plan waren ebenso Ausdruck der Politik der Offenen Tür wie die Politik der Stärke und die Truman-Doktrin. Sie waren zwei Seiten derselben Sache⁶⁸.

Die Reaktion der Sowjetunion auf diese Entwicklungen sei hier nur angedeutet. Sie fühlte sich durch die Politik der Eindämmung von den kapitalistischen Mächten, denen zu mißtrauen sie auch während des Krieges nicht aufgehört hatte⁶⁹, eingekreist. Das instinktive und traditionelle russische Gefühl der Unsicherheit und des Argwohns sah sich wieder einmal bestätigt. Beginnend 1947, verstärkte daher Stalin seine Anstrengungen, das sowjetische Machtgebiet gegen den Westen abzusichern. Die Gründung des „Kominform“⁷⁰ zur Koordinierung und Kontrolle der außerrussischen Parteien durch die KPdSU, konzentrierte Ansätze zur einheitlichen gesellschaftlichen und politischen Strukturierung der Ostblockstaaten einschließlich der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, der Auszug aus dem Kontrollrat sowie die Blockade Berlins waren die Schwerpunkte dieser Politik⁷¹. Die beiden

⁶⁴ Zitiert bei Walter Vogel, *Westdeutschland 1945–1950*, Teil 2 (Schriften des Bundesarchivs, 12), Boppard 1964, S. 259, Anm. 4.

⁶⁵ Sie gehörte nach Ulrich Scheuner zu jener Kategorie gegenseitiger Beistandspakte gegen einen Angriff unter dem Vorbehalt der Rechte der Vereinten Nationen, vgl. Ulrich Scheuner, a. a. O. (vgl. Anm. 33), S. 241.

⁶⁶ Ernst Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*, a. a. O. (vgl. Anm. 16), S. 141.

⁶⁷ Ernst Otto Czempel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 237. Erst in den fünfziger Jahren wurde das Schwergewicht der amerikanischen Auslandshilfe stärker auf die Militärhilfe gelegt, vgl. Erich Angermann, a. a. O. (vgl. Anm. 58), S. 255.

⁶⁸ Über die Grenzen der Politik der offenen Tür und der Politik der Eindämmung vgl. die kritischen Bemerkungen von William A. Williams, a. a. O. (vgl. Anm. 19), S. 173 f., 185 und 200 f.

⁶⁹ John L. Snell, *Illusionen und Realpolitik. Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, München 1966, S. 143 und 214 f.

⁷⁰ Abkürzung für „Kommunistisches Informationsbüro“, Nachfolgeorganisation der 1919–1945 bestehenden „Komintern“ (Kommunistische Internationale), Sitz Belgrad, später im Zusammenhang mit dem Konflikt Tito/Stalin nach Bukarest verlegt, 1956 aufgelöst.

⁷¹ Im einzelnen der Frage nachzugehen, wie die eine Weltmacht die andere in einen verstärkten Sicherheitskomplex hineintrieb, würde das Verständnis dieser internationalen Kon-

letzten Aktionen aber standen bereits im engen Zusammenhang mit der Entschlossenheit der – nunmehr gemeinsam handelnden – drei Westmächte, die deutschen Westzonen zu einem Staat zusammenzufügen.

III

Kehren wir zum Schauplatz Deutschland zurück. Die Verschärfung innerhalb der Konfrontation der beiden Weltmächte, und besonders das immer deutlicher erkennbare Engagement der USA auf dem alten Kontinent, haben hier die Besatzungszonen der drei westlichen Sieger erheblich und vor allem schnell an Stellenwert gewinnen lassen, denn ohne eine Einbeziehung dieser zum Teil hochindustrialisierten Gebiete war eine wirtschaftliche Gesundung Europas nicht möglich. Das künftige Interesse der Sieger an der deutschen Wirtschaftskraft für den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit und die politischen Möglichkeiten, die sich damit verbanden, hatte der damalige Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk schon kurz vor Kriegsende vorausgesehen. „Das deutsche Leistungspotential in russischer Hand“, so schrieb er am 29. März 1945 an den Rüstungsminister Speer, „ist eine der dunkelsten Wolken am Friedenshimmel der Anglo-Amerikaner. Je mehr dieses Potential erhalten bleibt, um so größeres Gewicht hat der Begriff Deutschland noch für unsere westlichen Feinde.“⁷²

Aus einer ähnlichen Einsicht in die wirtschaftliche Bedeutung der Westzonen zog General Clay, der von Anfang an die Lage in Deutschland realistischer beurteilte als viele Planer in Washington⁷³, im Mai 1946 vor der Pariser Außenministerkonferenz nicht nur wirtschaftliche, sondern auch schon politisch-staatsrechtliche Konsequenzen für den organisatorischen Zusammenschluß der Besatzungszonen. Damals schlug er dem State Department vor: Bildung eines gesamtdeutschen Rates der Ministerpräsidenten als vorläufiger Regierung mit Koordinationsausschüssen zur Beaufsichtigung der zu errichtenden deutschen Zentralstellen, Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes, der vom deutschen Volke zu bestätigen und von den Alliierten zu genehmigen wäre. Stimmt Frankreich und die Sowjetunion dem nicht zu, würde sich der Zustand der deutschen Wirtschaft noch mehr verschlechtern, was die Ausbreitung des Kommunismus zur Folge haben und die Demokratisierung des Landes behindern würde. Also auch hier bereits der Hinweis auf die Gefahr des Kommunismus, mit der de Gaulle seit 1945 argumentierte

fliktituation wenig fördern. Es ist in der Regel unmöglich nachzuweisen, wo im politischen Kalkül die Sicherheit aufhört und die Expansion in ihren verschiedenen Formen einsetzt und ob dabei ideologische, politische, wirtschaftliche oder militärische Gesichtspunkte überwiegen.

⁷² Persönliches Schreiben Schwerin-Krosigks an Speer vom 29. März 1945. Schwerin meinte damals noch, „daß wir interessante Verhandlungspartner bleiben“, wenn die deutschen Produktionsstätten erhalten werden könnten: Bundesarchiv Koblenz, R 3/1624.

⁷³ John Gimbel, *The American occupation of Germany. Politics and the military 1945–1949*, Stanford 1968, S. 8.

und später Truman die Politik der Eindämmung nun auch vor der Weltöffentlichkeit begründete. Clay schloß mit der Empfehlung, den Zusammenschluß wenigstens mit der britischen Zone noch vor Einbruch des Winters zu versuchen⁷⁴. Die bald darauf erfolgte Zusicherung, die USA würden ihre Streitkräfte solange in Deutschland behalten, wie sie „erforderlich“ seien, d. h. solange wie auch die anderen Besatzungsmächte präsent sein würden – eine Verpflichtung, die Byrnes auf Anraten Clays in seiner Stuttgarter Rede nicht ohne vorherige Absicherung bei Truman aussprach –, hat dann die Wende in der amerikanischen Deutschlandpolitik fast schon überdeutlich gemacht⁷⁵. Und das eigene Schwergewicht, das die Westzonen durch diese Entwicklung erhielten, deuteten die Times in einem Leitartikel am 17. Oktober 1946 an: „Die gegenseitige Rivalität der von den Alliierten verfolgten Ziele in Deutschland hat das Ansteigen des deutschen Einflusses anstelle des alliierten beschleunigt.“⁷⁶

Von der bekannten Abfolge der für Deutschland entscheidenden Ereignisse des Jahres 1948 – „westliche“ Sechs-Mächte-Konferenz, Londoner Empfehlungen, Frankfurter Dokumente – soll hier nicht mehr die Rede sein, wohl aber von den Widerständen, welche der neuen französischen Politik Bidaults und später Schumans im eigenen Lande entgegentraten und die noch zu überwinden waren. Sie machen am Ende unserer Betrachtung die Kohäsion der Ziele und der beiden „Schauplätze“ der amerikanischen Außenpolitik noch einmal ganz deutlich. Die französische Kammer billigte die Londoner Empfehlungen, die Grundlagen für den späteren deutschen Weststaat, nur mit der knappen Mehrheit von acht Stimmen⁷⁷. Die Opposition ging neben den Kommunisten, die seit Herbst 1946 die stärkste Partei darstellten, vor allem von de Gaulle aus. Er forderte – seit Januar 1946 nicht mehr in offizieller Eigenschaft – im Juni 1948 neue Verhandlungen und, falls sie scheiterten, sogar einen Alleingang Frankreichs in seiner Besatzungszone. Ende 1948 plädierte er für eine Einbeziehung deutscher Einzelstaaten – also nicht Westdeutschlands als Ganzes – in eine westeuropäische Union als die europäische Lösung der deutschen Frage. Kräftige Unterstützung fand er bei der französischen Militärregierung in Baden-Baden, die in dieselbe Kerbe hieb⁷⁸. General Koenig, der französische Militärgouverneur, mit de Gaulle seit dem gemeinsamen

⁷⁴ Lucius D. Clay, a. a. O. (vgl. Anm. 40), S. 90 ff. Vgl. dazu den gleichzeitigen Leitartikel der Times vom 19. Mai 1946, in dem ausgeführt wird, daß dem Zonenregime ein Ende gemacht werden müsse; werde es notwendig werden, die drei Westzonen zu einer westdeutschen Föderation zusammenzuschließen, so sei das zwar keine ideale, aber die zweitbeste Lösung; Keesings Archiv der Gegenwart, S. 756. Ähnlich ein Artikel in der „Welt“ vom 24. 5. 1946 zum Rechenschaftsbericht von Byrnes über die Pariser Außenministerkonferenz. Die New York Times betonten am 29. 5. 1946, daß man jetzt trotz aller Dementis an einen Wendepunkt gekommen sei, zu einer Dreizonen-Zusammenarbeit ohne die Sowjetunion.

⁷⁵ Lucius D. Clay, ebenda, S. 96 f.; Robert D. Murphy, a. a. O. (vgl. Anm. 20), S. 369 f.

⁷⁶ Times vom 17. Oktober 1946, Leitartikel „The Future of Germany“, Bundesarchiv Koblenz, Z 2 Anh./48.

⁷⁷ Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a. a. O. (vgl. Anm. 1), S. 191 f.

⁷⁸ Ebenda, S. 192.

Londoner Exil von 1940 an eng verbunden, unterstützte jene deutschen föderalistischen Gruppen, die keine Verfassung für die Westzonen wünschten. Als die Militärgouverneure der drei Westzonen, Clay, Robertson und Koenig, am 1. 7. 1948 in Frankfurt die in London ausgehandelten Dokumente den deutschen Ministerpräsidenten übergeben hatten und diese sich nun über die Bildung eines westdeutschen Staates schlüssig werden mußten, kam General Clay, der Motor der Entwicklung, im ersten Anlauf nicht ans Ziel. Denn die französische Militärregierung ließ ihre Ministerpräsidenten wissen, es bestehe kein Zwang für sie, die Londoner Empfehlungen anzunehmen oder die Koblenzer Beschlüsse zu widerrufen. Man brauche sich von Clay nicht unter Druck setzen zu lassen. Im Protokoll über die Unterredung des französischen Gouverneurs mit dem Staatspräsidenten Bock am 6. 7. 1948 heißt es: „Gouverneur Widmer gibt den dringenden Rat, nichts zu überstürzen . . .“⁷⁹ Als dann die in Koblenz auf dem Rittersturz versammelten westdeutschen Ministerpräsidenten am 10. Juli 1948 eine definitive Staatsbildung, einen Weststaat, glauben noch vermeiden zu sollen, fühlte sich General Clay in seinen deutschland-politischen Zielvorstellungen und seinem Kampf gegen die Berlin-Blockade von den deutschen Länderrepräsentanten wie im Stich gelassen⁸⁰. Er ließ ihnen durch Verbindungsoffiziere hart antworten: Die amerikanische Politik bedürfe eines westdeutschen Staatsgebildes, um sie in die Lage zu versetzen, der Sowjetunion entgegenzutreten. Der von den Ministerpräsidenten vorgeschlagene Weg laufe jedoch diesem Gedanken zuwider. Die Deutschen hätten die Amerikaner, die sich nur unter Schwierigkeiten bei den vorausgegangenen Sechsmächte-Verhandlungen in London mit ihrer Auffassung hätten durchsetzen können, kompromittiert. Die Ministerpräsidenten hätten ihre Entscheidung in Koblenz ohne die gebührende Würdigung der gesamteuropäischen Situation getroffen⁸¹. Verärgert und tief enttäuscht über ihre Haltung, erklärte er ihnen vier Tage später in Frankfurt: „Sie haben Ihr Geschick in die Hände des Generals Koenig gelegt!“⁸² Vier Wochen später – die Option der Ministerpräsidenten für einen Weststaat war inzwischen erfolgt – heißt es in einer Aufzeichnung über das Gespräch, das der Leiter des Büros der Ministerpräsidenten-Konferenz mit dem Vertreter der französischen Delegation in Frankfurt am 18. 8. 1948 hatte, noch: „In dem Gespräch mit Herrn Lalois war der Eindruck vorherrschend, daß man französischerseits dem amerikanischen Bestreben, möglichst rasch zu einer größeren Selbständigkeit der nicht unter russischer Besatzung stehenden deutschen Länder zu kommen, wenig Begeisterung entgegenbringt. Deshalb würde man anscheinend eine durch entsprechenden russischen

⁷⁹ Landesgouverneurbesprechungen. StA. Sigmaringen. Vgl. auch Hans-Peter Schwarz, a. a. O., S. 192 f.

⁸⁰ F. Roy Willis, *France, Germany and the new Europe 1945–1963*, Stanford/Calif. 1965, S. 26.

⁸¹ Protokoll der Besprechung der beiden amerikanischen Verbindungsoffiziere zur Ministerpräsidentenkonferenz Litchfield und Dr. Simons mit Senatspräsident Kaisen vom 15. Juli 1948, HStA Stuttgart, EA 1/3, Nr. 904, H. I.

⁸² John Gimbel, a. a. O. (vgl. Anm. 73), S. 217.

Druck erzielte Verzögerung nicht so ungern sehen. Dabei mag auch eine gewisse Animosität gegenüber dem Überwiegen des amerikanischen Einflusses in der europäischen Gegenwartspolitik mitsprechen . . .“⁸³ Ja, nach einer Reuter-Meldung in der „Welt“ vom 4. 11. 1948 soll Koenig damals sogar geäußert haben, der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau Westdeutschlands gehe nach Ansicht der französischen Militärregierung über die Londoner Vereinbarungen hinaus und müsse aufgehoben werden – eine Meldung, die allerdings von einem Sprecher der amerikanischen Militärregierung sofort dementiert wurde⁸⁴.

Der Wille der USA, ihre westdeutsche Einflußsphäre, d. h. die künftige Bundesrepublik Deutschland, als Bollwerk gegen die Sowjetunion zu organisieren, und zugleich auch das immer noch schwelende Mißtrauen zwischen der amerikanischen und französischen Militärregierung sind selten in amtlichen Dokumenten so deutlich zum Ausdruck gebracht worden.

⁸³ Aufzeichnung vom 19. 8. 1948, Drucksache Nr. 34. Bundesarchiv Z 12/8.

⁸⁴ Keesings Archiv der Gegenwart 1948, S. 1694.